



Medienmeldung, 22. November 2012

Vernehmlassungen des Regierungsrates

Zulassung von Ausländern an die Polizeischule umstritten

An seiner letzten Vorstandssitzung hat sich der Vorstand des Verbands Solothurner Einwohnergemeinden VSEG mit verschiedenen Vernehmlassungsentwürfen des Regierungsrates beschäftigt. Die Änderungen des Gesetzes über die Kantonspolizei und weiterer Erlasse wurden mehrheitlich gutgeheissen. Umstritten aber war, dass das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung für die Aufnahme in die Polizeischule und für die Anstellung von Korpsangehörigen entfallen soll.

Während die Vorstandsmitglieder der Städte und der Agglomerationen des Kantons zustimmten, weil sie der Überzeugung sind, dass Polizeiangehörige aus anderen Kulturkreisen auch besseren Zugang zu diesen finden könnten, standen die Vertreter der ländlichen Gemeinden der Änderung eher skeptisch gegenüber. Der VSEG wird dieser Uneinigkeit in der Vernehmlassung Ausdruck geben.

Dem Vernehmlassungsentwurf zum Geoinformationsgesetz wurde zugestimmt. Die Gemeinden bestehen allerdings darauf, dass die Umsetzung kostengünstig und nahe den Minimalbestimmungen des Bundes erfolgt, ohne Solothurner Spezialmassnahmen. Der Vernehmlassungsentwurf über die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte war unbestritten, ebenso derjenige über die verfassungsmässige Verankerung der Erneuerbaren Energien. Hier wird die regierungsrätliche Fassung favorisiert.

Kein künstlicher Wettbewerb

Das Konzept zur Vergabe von arbeitsmarktlichen Massnahmen (RRB 2012/1859) wurde heftig kritisiert. Bei der Erledigung von arbeitsmarktlichen Massnahmen sind auch Betriebe der Einwohnergemeinden beteiligt. Der Vorstand ist der Meinung, dass es keinen Sinn macht, öffentliche Betriebe einem künstlichen Wettbewerb auszusetzen. Die Gefährdung von bestehenden Strukturen sei nicht ohne Risiko und in der nächsten Wirtschaftskrise würde die konstruktive und rasche Mitarbeit der Gemeinden wieder erwartet werden, zeigte sich der Vorstand überzeugt. Eine Intervention bei den zuständigen Stelle wird erfolgen.

Ausserdem hat der Vorstand des VSEG Roger Siegenthaler, Lüterkofen, und Markus von Arx, Erlinsbach, in die Begleitgruppe Tiefengeothermie gewählt.

Der Entscheid des Vorstands VSEG zum Vernehmlassungsentwurf des Gesetzes über die Pensionskasse Solothurn wird an der morgigen Versammlung des Verbands der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn VGS vorgestellt, zu welcher Sie herzlich eingeladen sind. Die Einladung ist zu finden auf www.vseg.ch.

Für Rückfragen:

Kuno Tschumi, Präsident VSEG, Tel. 032 681 32 32, kuno.tschumi@derendingen.ch
Ulrich Bucher, Geschäftsführer VSEG, Tel. 032 681 03 70, info@vseg.ch